

DER BUNDESMINISTER II-1950 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
FÜR UNTERRICHT XI. Gesetzgebungsperiode

Zl. 50.213 - Parl./68

Wien, am 6. November 1968

898 /A.B.zu 892 /J.Präs. am 14. Nov. 1968

An die
Kanzlei des Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage
Nr. 892/J-NR/1968, die die Abgeordneten Dr. Scrinzi
und Genossen am 18. September 1968 an mich richteten,
beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Die Überprüfung der gegenwärtigen Lage
des österreichischen Schulwesens, insbesondere der all-
gemeinbildenden höheren Schulen, ist im Bundesministerium
für Unterricht noch im Gange.

2. Undurchführbar erscheint jedenfalls die
im Schulorganisationsgesetz 1962 vorgesehene Klassenschü-
lerhöchstzahl 36. In Voraussicht dessen war die Regierungsvorlage einer 3. Schulorganisationsgesetz-Novelle (815 der
Beilagen XI. GP.) eingebracht worden, die mangels der
erforderlichen Zweidrittelmehrheit bekanntlich nicht
Gesetz wurde.

3. Die im Gang befindliche Überprüfung wird
sich insbesondere auch auf die Frage der 9. Schulstufe
der allgemeinbildenden höheren Schulen beziehen.

4. Entfällt im Hinblick auf 3.

5. Mit den Lehrern und Eltern steht mein
Ministerium in ständigem Kontakt; ihre Vorschläge werden
laufend gesammelt und überprüft und, soweit sie der
Bundesminister für Unterricht unter seiner Ministerver-
antwortlichkeit berücksichtigen kann, geschieht dies
auch bei den jeweiligen legislativen Vorhaben.

./.

6. Zur Frage, in welcher Form Eltern und Lehrer Gelegenheit zu Vorschlägen haben, wäre beispielsweise auf den regelmäßig im Bundesministerium für Unterricht zusammentretenden Elternbeirat, dem sämtliche Elternorganisationen angehören, zu verweisen; auch mit den Lehrerverbänden besteht ständiger Kontakt.

7. Der vom Bundesminister für Unterricht im Juni 1968 für die kommende Herbstsession in Aussicht gestellte Bericht an den Nationalrat über die Überprüfung des gesamten Schulwesens und Schulgesetzwerkes 1962 wird aller Voraussicht nach im November 1968 erstattet werden.

8. Selbstverständlich wird das Bundesministerium für Unterricht Ministerialentwürfe für Novellen zu Schulgesetzen ausarbeiten, wenn dies erforderlich ist.

